

Deutlicher Beschäftigungsaufbau im Gesundheitswesen

Knödler, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knödler, R. (2013). Deutlicher Beschäftigungsaufbau im Gesundheitswesen. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 12, 14-17. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-420475>

Nutzungsbedingungen:

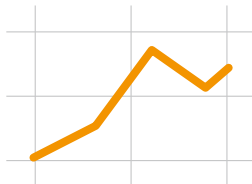
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Deutlicher Beschäftigungsaufbau im Gesundheitswesen

Reinhard Knödler



Dipl.-Volkswirt Reinhard Knödler ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Im Gesundheitswesen sind während der vergangenen Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 begonnen hatte, gegen den Trend eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze entstanden. Damit hat dieser Wirtschaftsbereich maßgeblich zur günstigen Beschäftigungsentwicklung im Land beigetragen. Dabei ist es nicht zuletzt die Vielfalt dieses Sektors, die den stabilen Beschäftigungsaufbau möglich macht. Denn neben den Dienstleistungen der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung zählen in der hier verwendeten Abgrenzung des Gesundheitswesens auch Branchen wie die Pflege, Apotheken sowie der gesundheitsbezogene Handel und die medizinischen Vorleistungsindustrien zum Gesundheitswesen.

Knapp 43 000 neue Stellen wurden zwischen 2008 und 2011 geschaffen

Nach Berechnungen der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (www.ggrdl.de) sind zwischen 2008 und 2011 im baden-württembergischen Ge-

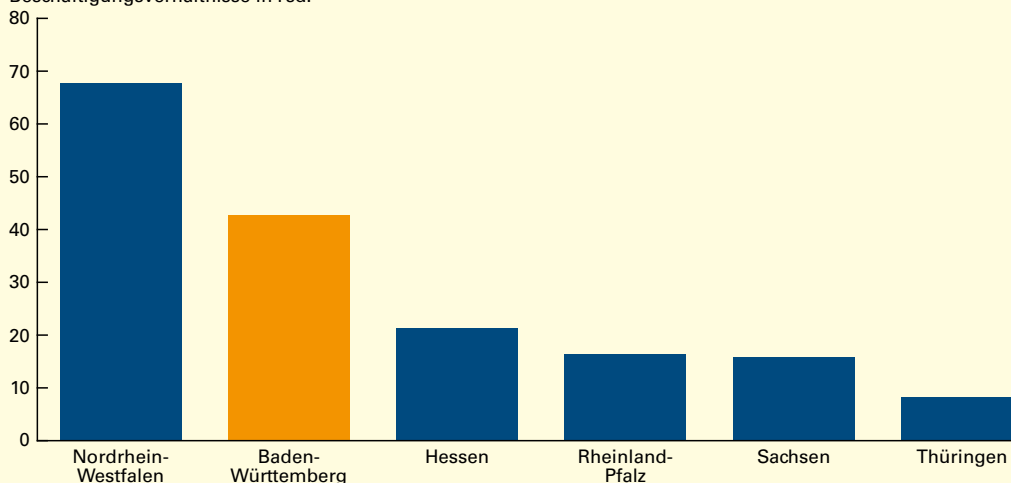
sundheitswesen 42 600 neue Stellen entstanden (*Schaubild 1*). Das entspricht einem Beschäftigungsanstieg um 6,6 %. Damit liegen erstmals für ausgewählte Bundesländer vergleichbare Ergebnisse zur Beschäftigung im Gesundheitswesen nach international gebräuchlicher Abgrenzung vor.¹ Das Gesundheitswesen umfasst dabei alle Einrichtungen, die zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen. Hierbei ist zu beachten, dass es sich bei den 693 700 Beschäftigten, die im Jahr 2011 im baden-württembergischen Gesundheitswesen tätig waren, um Beschäftigungsverhältnisse und nicht um beschäftigte Personen handelt (*Tabelle 1*).²

Den im Hinblick auf die Beschäftigung größten Umfang erreicht das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen mit 1 098 900 Beschäftigten. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl liegt dennoch Baden-Württemberg an der Spitze der sechs untersuchten Länder. Im Jahr 2011 kamen in Baden-Württemberg 64,3 Beschäftigungsverhältnisse mit Gesundheitsbezug auf 1 000 Einwohner, in Nordrhein-Westfalen waren es 61,6. Am niedrigsten war der Wert mit 57,2 in Thüringen (*Tabelle 2*).

S1

Veränderung der Beschäftigung im Gesundheitswesen in ausgewählten Bundesländern 2008 bis 2011

Beschäftigungsverhältnisse in Tsd.



Datenquelle: Gesundheitspersonalrechnung (GPR) der Länder; Stand: Januar 2013.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

839 13

1 Daten sind nur für die Mitgliedsländer der AG GGRdL (Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen) verfügbar.

2 Da eine Person mehrere Arbeitsverhältnisse innehaben kann, übersteigt die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in der Regel die Zahl der beschäftigten Personen.

T1

Beschäftigte*) im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg 2008 und 2011
nach Art der Einrichtung

Art der Einrichtung	2008			2011			Veränderung 2008 bis 2011		
	insge- samt	und zwar		insge- samt	und zwar		insge- samt	weiblich	Vollzeit- äquiva- lente ¹⁾
		weiblich	Vollzeit- äquiva- lente ¹⁾		weiblich	Vollzeit- äquiva- lente ¹⁾			
	1 000							%	
Insgesamt	651,0	476,8	490,2	693,7	512,1	520,2	6,6	7,4	6,1
Gesundheitsschutz ²⁾	2,5	1,7	1,9	3,4	2,4	2,8	39,3	42,3	43,4
Ambulante Einrichtungen	279,0	222,4	211,1	301,9	240,7	227,4	8,2	8,2	7,8
davon									
Arztpraxen	98,9	83,6	76,1	102,2	86,6	78,4	3,3	3,6	3,0
Zahnarztpraxen	53,7	46,2	41,7	57,6	49,9	44,7	7,2	8,2	7,1
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	51,1	38,5	38,4	58,8	43,7	43,7	15,1	13,6	13,8
Apotheken	21,2	16,9	16,1	22,7	17,8	17,4	7,1	5,0	8,3
Gesundheitshandwerk/ -einzelhandel	20,5	9,0	17,6	21,5	9,3	18,3	4,8	3,7	4,2
Ambulante Pflege	24,8	21,9	14,5	28,9	25,9	17,1	16,6	18,1	17,7
Sonstige ambulante Einrichtungen	8,7	6,4	6,6	10,1	7,5	7,8	15,9	17,3	17,4
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	248,5	194,5	178,6	262,7	208,2	188,4	5,7	7,0	5,5
davon									
Krankenhäuser	145,6	110,0	106,3	149,9	114,4	110,3	2,9	4,0	3,8
Vorsorge-/Rehabilitations- einrichtungen	25,8	19,6	18,1	26,1	20,1	18,2	1,4	2,7	0,5
Stationäre/teilstationäre Pflege	77,1	65,0	54,2	86,6	73,7	60,0	12,3	13,4	10,6
Rettungsdienste	6,5	1,9	5,3	6,6	2,1	5,4	2,6	9,0	1,2
Verwaltung ³⁾	20,9	8,4	17,1	20,9	8,5	17,0	0,0	1,1	– 0,8
Sonstige Einrichtungen	21,1	13,2	16,4	24,3	15,6	18,9	15,6	17,5	15,5
Vorleistungsindustrien	72,6	34,6	59,9	73,8	34,8	60,4	1,6	0,4	0,8

*) Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden. – 1) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten. – 2) Der Gesundheitsschutz umfasst unter anderem Gesundheitsämter und Landesgesundheitsbehörden. – 3) Der Verwaltung werden unter anderem die gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherungen sowie die Organisationen der Leistungserbringer (bspw. Kassenärztliche Vereinigungen) zugeordnet.

Datenquelle: Gesundheitspersonalrechnung (GPR) der Länder; Stand: Januar 2013.

Starke Nachfrage nach Pflegekräften

Das Gesundheitswesen ist ein Garant für steigende Beschäftigung. Allein in Baden-Württemberg erhöhte sich die Zahl der Stellen 2011 um 10 400 gegenüber dem Vorjahr. Im gesamten Untersuchungszeitraum von 2008 bis 2011 verlief der Beschäftigungsaufbau wesentlich dynamischer als in der gesamten Wirtschaft. Dem Plus von 6,6 % im Gesundheitswesen steht eine Veränderung der Gesamtzahl der erwerbstätigen Personen in diesem Zeitraum, in den auch die Wirtschaftskrise fiel, von lediglich 1 % gegenüber. Auch im Vergleich mit dem gesamten Dienstleistungssektor, in dem die Erwerbstätigenzahl um 2,8 % stieg, zeigte die Beschäftigungsentwicklung im Gesund-

heitswesen deutlich mehr Dynamik. Lediglich in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“ und „Unternehmensdienstleistungen“ erreichte der Beschäftigungsaufbau mit einer Steigerungsrate von 6,7 und 6,1 % eine vergleichbare Stärke wie im Gesundheitswesen.

Vor allem die starke Nachfrage nach Pflegekräften trug beträchtlich zum Beschäftigungsanstieg im Gesundheitswesen bei. Die Zahl der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten sowie in stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen erhöhte sich zwischen 2008 und 2011 um 13 600, das entsprach einer Zunahme um 13,4 %. Insbesondere die ambulante Pflege verzeichnete mit einem Plus von 16,6 % einen sehr starken Beschäftigungsaufbau. Allerdings

erhöhte sich die absolute Zahl der Arbeitsplätze in ambulanten Pflegediensten lediglich um 4 100. In den stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen entstanden mit 9 500 Stellen mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze. Auch in dieser Sparte stieg die Beschäftigung mit einem Plus von 12,3 % erheblich stärker als die gesamte Beschäftigung im baden-württembergischen Gesundheitswesen.

In den gesundheitsbezogenen Vorleistungsindustrien Baden-Württembergs nahm die Beschäftigung zwischen 2008 und 2011 dagegen nur um 1 200 Stellen zu. Mit einem Plus von lediglich 1,6 % wuchs die Beschäftigtenzahl in dieser Sparte deutlich schwächer als die Gesamtbeschäftigung im Gesundheitswesen des Landes. Auf die pharmazeutische, medizintechnische und augenoptische Industrie sowie auf medizinische und zahntechnische Labors und den gesundheitsbezogenen Großhandel entfielen im Jahr 2011 zwar noch 10,6 % der gesundheitsbezogenen Beschäftigungsverhältnisse im Land (*Schaubild 2*). Gegenüber 2008 sank der Beschäftigungsanteil jedoch um 0,6 Prozentpunkte.

Teilzeitbeschäftigung und Minijobs sind im Pflegebereich besonders häufig

Teilzeitbeschäftigung und Minijobs spielen im Gesundheitswesen eine große Rolle. Das zeigt sich darin, dass nach Berechnungen der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ die in Vollzeitstellen umgerechnete Beschäftigung erheblich unter der Gesamtbeschäftigtenzahl liegt. So belief sich im baden-württembergischen Gesundheitswesen die Zahl der Vollzeitäquivalente im Jahr

2011 auf 520 200. Damit entfielen 75 Vollzeitäquivalente auf 100 Beschäftigungsverhältnisse (*Tabelle 2*). Diese Relation entspricht dem Mittelwert der sechs untersuchten Bundesländer. Nur Sachsen und Thüringen übertrafen mit jeweils knapp 80 Vollzeitäquivalenten auf 100 Beschäftigte den Durchschnittswert in Höhe von 75,2 deutlich.

Innerhalb des Gesundheitswesens unterscheiden sich die Teilbereiche im Hinblick auf die zeitliche Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse erheblich. Gerade im Pflegebereich sind Beschäftigungsverhältnisse mit reduziertem zeitlichem Umfang häufiger als im Branchenmittel. Im Jahr 2011 entsprachen in Baden-Württemberg 100 Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen der stationären und teilstationären Pflege lediglich 69,2 Vollzeitäquivalenten. In der ambulanten Pflege belief sich die Relation sogar nur auf 59,1. Dagegen sind die verschiedenen Formen der Teilzeitbeschäftigung in den Vorleistungsindustrien sehr viel weniger verbreitet. Das wird darin deutlich, dass dort auf 100 Beschäftigungsverhältnisse 81,8 Vollzeitäquivalente entfielen. Im Gesundheitshandwerk/-einzelhandel betrug der entsprechende Wert sogar 85,2.

Das Gesundheitswesen ist eine Frauendomäne

Ende 2011 waren in den sechs Bundesländern drei Viertel aller Arbeitsplätze im Gesundheitswesen mit Frauen besetzt (*Tabelle 2*). Der Anteil variierte zwischen 72,2 % in Hessen und 76,3 % in Thüringen und Sachsen. In Baden-Württemberg entsprachen die 512 100 Beschäftigungsverhältnisse, die auf Frauen entfielen,

T2

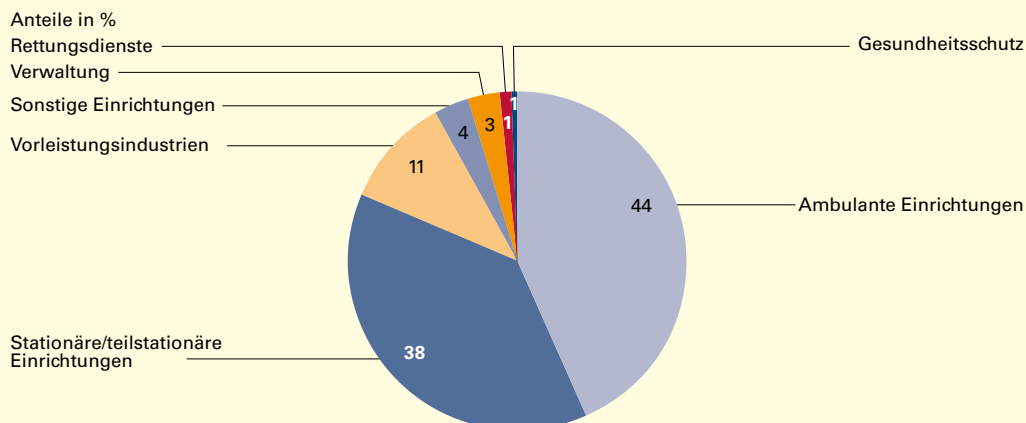
Kennzahlen zur Beschäftigung*) im Gesundheitswesen in ausgewählten Bundesländern 2011

Land	Beschäftigte insgesamt		weibliche Beschäftigte		Vollzeitäquivalente	
	1 000	je 1 000 Einwohner	1 000	je 100 Beschäftigten ¹⁾	1 000	je 100 Beschäftigten ¹⁾
Baden-Württemberg	693,7	64,3	512,1	73,8	520,2	75,0
Hessen	378,7	62,2	273,3	72,2	286,3	75,6
Nordrhein-Westfalen	1 098,9	61,6	823,0	74,9	817,1	74,4
Rheinland-Pfalz	249,5	62,4	186,6	74,8	184,5	73,9
Sachsen	241,9	58,5	184,6	76,3	189,7	78,4
Thüringen	127,0	57,2	96,9	76,3	101,1	79,6
Zusammen	2 789,7	61,9	2 076,6	74,4	2 098,9	75,2

*) Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden. – 1) Im Gesundheitswesen.

Datenquelle: Gesundheitspersonalrechnung (GPR) der Länder; Stand: Januar 2013.

S2

Beschäftigungsstruktur*) im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg 2011
nach Art der Einrichtung

*) Grundlage: Zahl der Beschäftigungsverhältnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

840 13

einem Anteil von 73,8 % an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse in diesem Sektor. Den höchsten Anteil der von Frauen gehaltenen Beschäftigungsverhältnisse weist neben den Arzt- und Zahnarztpraxen mit 84,7 und 86,7 % der Pflegebereich auf. In den Einrichtungen der stationären und teilstationären Pflege entfallen 85,1 % der Beschäftigungsverhältnisse auf Frauen. Der höchste Wert wird bei den Einrichtungen der ambulanten Pflege mit 89,6 % erreicht. Dagegen war in den Vorleistungsindustrien der Beschäftigungsanteil der Frauen mit nur 47,1 % erheblich geringer. Im Gesundheitshandwerk/-einzelhandel lag er sogar bei nur 43,3 %.

tung der Beschäftigung im Gesundheitswesen aus dem Pflegebereich gekommen sind. Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg deuten darauf hin, dass sich diese Tendenz aufgrund der demografischen Alterung auch mittel- und langfristig fortsetzen wird.³ Ein zusätzlicher Bedarf von über 50 000 Pflegekräften bis zum Jahr 2030 und sogar von deutlich über 100 000 Pflegekräften bis zum Jahr 2050 scheint dabei im Bereich des Möglichen zu liegen. Die Bedeutung des Gesundheitswesens als wichtigem Beschäftigungs- aber auch Wachstumssegment der baden-württembergischen Wirtschaft dürfte damit weiter steigen. ■

Weiterhin starke Beschäftigungsimpulse aus der Pflege

Die Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung der Länder machen deutlich, dass in den letzten Jahren wichtige Impulse zur Auswei-

Weitere Auskünfte erteilt
Reinhard Knödler, Telefon 0711/641-29 58,
Reinhard.Knoedler@stala.bwl.de

3 Götz, Uwe/Weber, Matthias: Pflege in Baden-Württemberg – Zu Hause oder im Heim? in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2013, S. 9.

kurz notiert ...

Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg Adressverzeichnis 2013

Im aktualisierten Pflegeverzeichnis werden Adressen der stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg in serienfähigster Form ausgewiesen. Neben der Anschrift der Einrichtungen mit Telefon- und Faxnummern sowie E-Mail- und Internetadressen sind auch die Trägeradres-

sen vermerkt. Bei den stationären Einrichtungen ist die Größe (Zahl der Pflegeplätze) angegeben.

Das Verzeichnis steht für private und gewerbliche Interessenten als CD-ROM oder auf Anforderung per E-Mail als Excel-Mappe zur Verfügung. Das Verzeichnis enthält die Adressen derjenigen Pflegeeinrichtungen, die einer Veröffentlichung zugestimmt haben. ■



Artikel-Nr. 1226 13001
Preis: 51,- Euro